

Kinder- und Jugendkommission fordert Kinder- und Jugend-Check, Landesjugendkonferenz sowie Beteiligungsstrategie

Die Niedersächsische Kinder- und Jugendkommission stellt heute drei konkrete Empfehlungen vor, mit denen die politische Beteiligung junger Menschen in Niedersachsen vorangebracht werden soll. So soll das Land einen Kinder- und Jugendcheck einführen, wie es ihn im Bund und in Thüringen bereits gibt. Bei einer Landesjugendkonferenz sollen junge Menschen direkt einbezogen werden. Zudem wird empfohlen, die verschiedenen Beteiligungsformate in einer Kinder- und Jugendbeteiligungsstrategie zusammenzuführen.

Die drei Vorschläge hat die Kommission in einer Handlungsempfehlung zusammengefasst (siehe Anlage), die nun den im Landtag vertretenen Fraktionen und der Landesregierung vorgelegt wird. Die Kinder- und Jugendkommission appelliert an die politischen Entscheidungsträger:innen, die Maßnahmen zeitnah umzusetzen.

Vera Seeck und Ben Meisborn, Vorsitzende der Niedersächsischen Kinder- und Jugendkommission: „Es gibt 1,4 Millionen Kinder und Jugendliche in Niedersachsen. Ihre Perspektiven in die politische Entscheidungsfindung einzubeziehen, ist von elementarer Bedeutung. Wir setzen uns dafür ein, dass die Interessen von jungen Menschen in der Landespolitik mehr berücksichtigt werden.“

Durch einen Kinder- und Jugendcheck sollen die Auswirkungen von politischen Entscheidungen auf Kinder und Jugendliche sichtbar werden. Der Kinder- und Jugendcheck erhöht bei der Gesetzgebung die Aufmerksamkeit für die Belange junger Menschen. Nicht nur Kita und Schule betreffen junge Menschen, sondern auch Verkehrs- und Sportpolitik oder die Kommunalverfassung. Bisher sind viele Beteiligungsformate jedoch auf einzelne Bereiche beschränkt. Eine Landesjugendkonferenz soll jungen Menschen die Möglichkeit geben, ihre Vorschläge zu allen Themen einzubringen, die sie betreffen. Die direkte Beteiligung von jungen Menschen ist essenziell, um ihre Perspektiven in der Politik berücksichtigen zu können. Langfristig reicht es nicht aus, nur einzelne Maßnahmen durchzuführen. Es braucht eine Strategie für Kinder- und Jugendbeteiligung, in der bestehende Formate gebündelt und neue Konzepte entwickelt werden können.“

Über die Kinder- und Jugendkommission:

Die Niedersächsische Kinder- und Jugendkommission (KiJuKo) wurde 2018 durch den Landtag eingesetzt und besteht neben Vertreter:innen der im Landtag vertretenen Fraktionen aus sieben unabhängigen Fachexpert:innen. Die Kommission hat den gesetzlichen Auftrag, den Landtag und die Landesregierung bei kinder- und jugendspezifischen Fragen zu beraten. So ist es explizit auch Aufgabe der KiJuKo, sich „für die Weiterentwicklung politischer Beteiligungsmöglichkeiten [von Kindern und Jugendlichen] einzusetzen“ (§ 16d Nds. AG SGB VIII). Weitere Informationen finden Sie unter <https://kijuko.niedersachsen.de>.

Rückfragen bitte an:

Niedersächsische Kinder- und Jugendkommission
Heike Bludau, Geschäftsführerin
Telefon: 0511 89701-338
E-Mail: heike.bludau@ls.niedersachsen.de